

Keine Hundemarke!

Mit skandalösen Entscheiden hat das Bundesgericht die Einbürgerung zum reinen Verwaltungsakt degradiert - ähnlich der Vergabe einer Hundemarke - und stellt damit die direkte Demokratie in Frage. Dagegen wehrt sich die SVP entschieden und plant eine Einbürgerungsinitiative. **Seiten 3 - 5, 9**

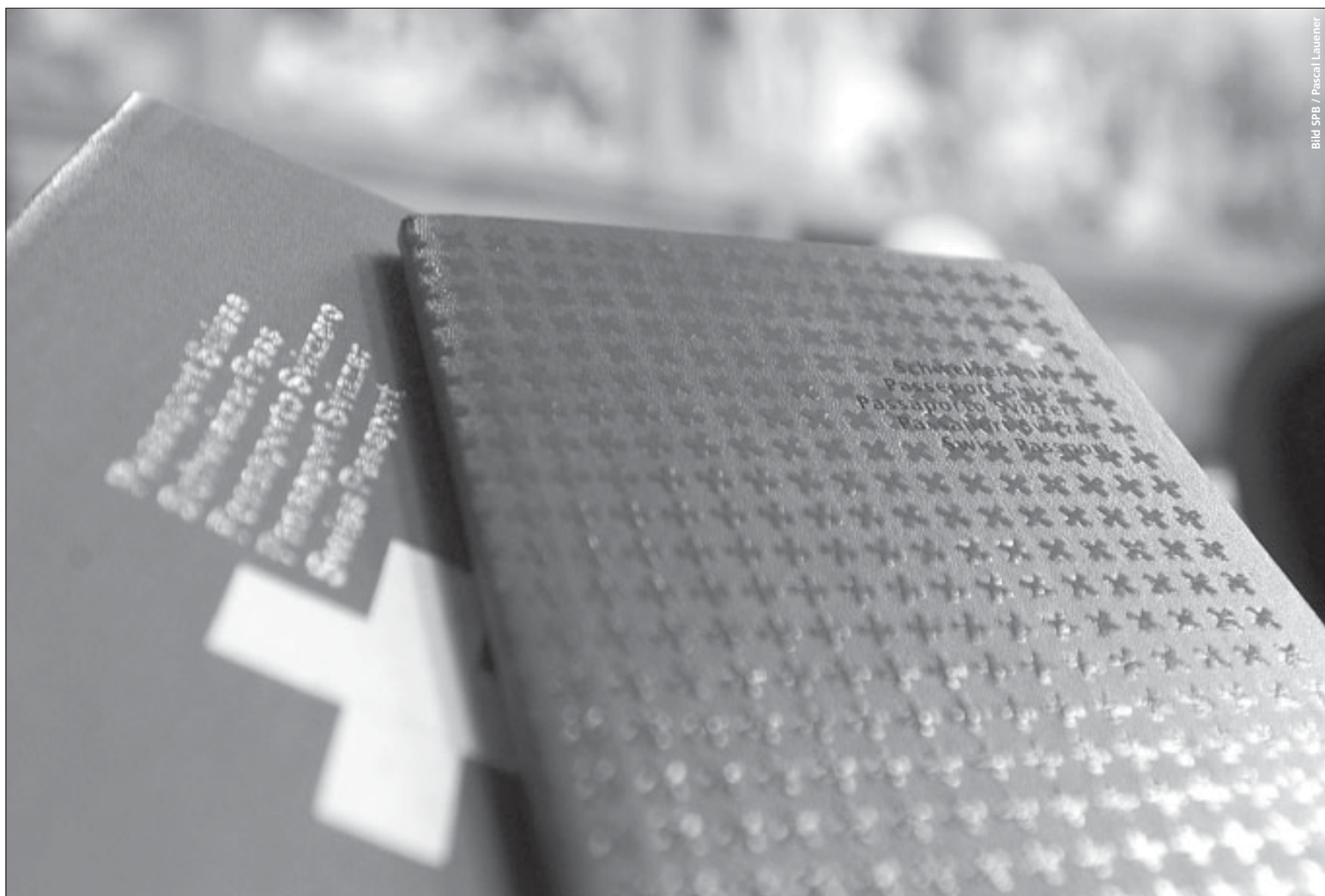


Bild SPB / Pascal Lauener

Ungerechte Luxuslösung!

Seite 7

Die SVP Delegiertenversammlung hat das Referendum gegen die Mutterschaftsversicherung beschlossen

Mehr Sicherheit - weniger Kriminalität

Seite 10

Nationalrat Jakob Freund fordert die Politiker auf, endlich am gleichen Strick zu ziehen.

Parteifest und Politarena in Holziken

Seite 16

Nutzen die Gelegenheit und bestellen Sie jetzt Ihre Festkarte für diese spannende Veranstaltung!



Taten statt Worte punkt

Es herrscht Wahlkampf. Plötzlich erkennen die anderen Parteien wenigstens ansatzweise, dass es schlecht steht um unsere Schweiz. Unsere Wirtschaft serbelt wegen den hohen Steuern, Abgaben und Gebühren, unsere Sozialwerke stehen durch den wachsenden Missbrauch vor dem Abgrund, die Sicherheit ist nicht mehr gewährleistet, da Kriminalität und Asylrechtsmissbrauch überall grassieren.

Die SVP stand drei Jahre allein mit ihren Forderungen für Verbesserungen. Jetzt plötzlich übernehmen andere unser Programm und sogar unser Plakat mit dem Rütli-Schwur. Dies wird aber nicht lange anhalten. Ein Tag nach den Wahlen wird alles vergessen sein. Wer im Wahljahr die Worte anderer übernimmt, um die Wählergunst zu erlangen, ist kein verlässlicher Partner.

Wie schnell Versprechen gegeben und dann nicht gehalten werden, hat sich im Umfeld der Abstimmung über die zweite Asylinitiative der SVP deutlich gezeigt. Im Abstimmungskampf wurde vom Bundesrat und den bürgerlichen Parteien versprochen, künftig würde durchgegriffen. Die Initiative wurde hauchdünn abgelehnt und die Versprechen auch sofort wieder vergessen. Am Asylchaos hat sich nichts geändert. Es bleibt nur, eine dritte Asylinitiative zu starten, um zu zeigen, dass die SVP sich nicht mit leeren Worten abspeisen lässt.

Wahlversprechen folgen nur dann Taten, wenn sie aus Überzeugung gesprochen werden. Wer eigentlich mit der EU liebäugelt, im Wahljahr aber plötzlich nichts mehr davon wissen will, wird nach den Wahlen wieder sein wahres Gesicht zeigen. Wer von tieferen Steuern spricht, im Parlament aber während der ganzen Legislatur für neue Steuern und Ausgaben stimmt, wird dies auch in der nächsten Legislatur wieder tun.

Unseren Worten folgen Taten. Diesen Beweis haben wir in der ganzen Legislatur erbracht. Wir haben über alle in der letzten Wahlplattform gegebenen Versprechen und deren Einhaltung in den Jahresberichten Rechenschaft abgelegt. Die SVP wird auch die in ihrer neuen Wahlplattform gegeben Versprechen umsetzen. Wir stehen für unser Programm ein, denn es entspricht unserer Überzeugung. ◀

Nationalrat Ueli Maurer, Präsident SVP Schweiz

Verstärkung der Grenzkontrollen - jetzt!

(SVP) Erneut haben die illegalen Grenzübertritte drastisch zugenommen. Im ersten Halbjahr 2003 ist die Anzahl der aufgegriffenen Personen auf über 4000 angestiegen!

Die heutigen Kapazitäten des Grenzwachtkorps reichen bei weitem nicht aus, um die Schweizer Grenze ausreichend zu kontrollieren und zu schützen. Einmal mehr fordert die SVP den Bundesrat auf, das Grenzwachtkorps unverzüglich aufzustocken und allenfalls geeignete militärische Formationen einzusetzen.

Die aktuellen Zahlen machen Angst: Gegenüber der gleichen Zeitspanne im Vorjahr haben die vom Grenzwachtkorps aufgegriffenen illegalen

Einreisenden um über 25% auf 4024 Personen (2002: 3229 Personen) zugenommen. Es darf angenommen werden, dass die Zahl der nicht erwischten, illegal eingereisten Personen noch um ein vielfaches höher sein wird!

Allein an den Grenzübergängen konnten rund 17'000 Personen der Polizei übergeben werden, weil sie entweder polizeilich gesucht wurden, Drogen schmuggelten oder andere Vergehen begangen haben. Über 50'000 Personen mussten zurück gewiesen werden,

da sie ohne gültiges Visum einreisen wollten. Sorgen bereiten auch die zunehmende Gewaltbereitschaft gegenüber den Grenzwachtern.

Diese Zahlen zeigen deutlich, dass die Kapazitäten des Grenzwachtkorps in keiner Weise ausreichen! Die Folgen sind klar: Mit der steigenden Zahl von illegal eingereisten Personen und Scheinflüchtigen steigen auch die Kriminalität sowie der Drogen- und Menschenhandel. Tagtäglich berichten die Medien von neuen Gewaltakten auf Schweizer Strassen. Die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist damit grundsätzlich in Frage gestellt. Die Schweizer Bevölkerung hat davon endgültig die Nase voll.

Jetzt muss endlich gehandelt werden!

Die SVP fordert den Bundesrat deshalb erneut auf, sofort den Grenzschutz massiv zu verstärken und auf den Beitritt zum Schengener Raum und den damit verbundenen Abbau der Grenzkontrollen zu verzichten. Eine Zusammenarbeit mit geeigneten militärischen Formationen muss ins Auge gefasst werden. Gleichzeitig sind die Delikte im Landesinnern konsequent zu ahnden und ausländische Drogenhändler und Gewalttäter des Landes zu verweisen. ◀



Ein Fehlentscheid

Am 9. Juli hat das Bundesgericht bestimmt, dass Einbürgerungen nicht politische Entscheide, sondern reine Verwaltungsakte sind.

Die obersten Richter in Lausanne haben festgelegt, dass die Einbürgerung eine individuell-konkrete Rechtsanwendung in der Form einer Verfügung darstellt. Als Folge davon wurde entschieden, dass Urnenabstimmungen über Einbürgerungen verfassungswidrig sind.

Mehr Fragen, als Klarheit

Mit diesem Urteil hat das Bundesgericht einen Fehlentscheid getroffen. Der Richterspruch wirft mehr Fragen auf, als dass Klarheit geschaffen wird. Natürlich muss das

meinderates ohne ein einziges Wortbegehren diskussionslos abgelehnt werden. Zur Verfassungsmässigkeit dieses Verfahrens äussert sich das bundesgerichtliche Urteil nicht. Gleichwohl fordern die höchsten Richter des Landes in Zukunft eine Begründung für den Einbürgerungsentscheid. Wer eine Begründung verlangt, will ein Beschwerderecht gegen Einbürgerungsentscheide einführen. Und wer ein Beschwerderecht postuliert, fordert letztlich den Rechtsanspruch auf Einbürgerung. Damit wird das bundesgerichtliche Urteil hochpolitisch.



► Nationalrat Ruedi Joder, Mitglied der Rechtskommission und der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates, Belp (BE)

Wille des Souveräns hat Vorrang

Mit dem Entscheid des Bundesgerichts ist die politische Diskussion lanciert. Diese wird Eingang finden bei den Beratungen der pendenten Bürgerrechtsrevision. Die Diskussionen werden während der kommenden Herbstsession im Rahmen des Differenzbereinigungs-Verfahrens im Nationalrat weitergeführt. Die durch das Bundesgericht aufgeworfenen Fragen können in einfacher Form geklärt werden. Und zwar in dem Sinne, dass im Bürgerrechtsgesetz ausdrücklich festgeschrieben wird, dass die Gemeinden und Kantone bei der Festlegung des Einbürgerungsverfahrens frei und autonom sind. Mit Nachdruck werden wir uns von der SVP dafür einsetzen. Denn der Wille des Souveräns muss Vorrang haben. ◀

Eigenständigkeit muss gewährleistet bleiben

Es kommt selten gut, wenn sich das Bundesgericht in die Politik einmischt. Dies ist auch im Falle der Einbürgerung so. Mit dem indirekt postulierten Beschwerderecht setzt sich das Bundesgericht in Widerspruch zum Ständerat, welcher in der hängigen Revision des Bürgerrechtsgesetzes sich explizit gegen ein Beschwerderecht ausgesprochen hat. Diese Frage zu klären ist nicht Aufgabe des Bundesgerichtes, sondern eindeutig Sache des Parlaments und damit des Gesetzgebers. Denn es geht bei der Einbürgerungsfrage noch um ganz andere politische Aspekte. Im Zentrum stehen dabei die Volksrechte und die Gemeindeautonomie. Eine Kommune muss uneingeschränkt das Recht haben, eigenständig entscheiden zu können, in welchem Verfahren sie einem Gesuchsteller ihr eigenes Gemeindebürgerrecht zusichern will oder nicht. Und ich wehre mich dagegen, dass man mit einem Gerichtsurteil dem Gemeindebürger dieses souveräne Recht entziehen will.



Bild SPB / Bruno Voser

► Urnenabstimmungen über Einbürgerungen: Auch in Zukunft soll der Souverän entscheiden können!

Dies deshalb, weil im Falle einer Ablehnung die Einhaltung des Diskriminierungsverbots nicht überprüft werden kann. Demgemäss wurde angeordnet, dass in Zukunft der Gesuchsteller Anspruch auf eine Begründung des Einbürgerungsentscheids hat.

Diskriminierungsverbote eingehalten werden. Dieses gilt indessen nur für das Verfahren und nicht für den Inhalt des Entscheids. Die anonyme Form der Einbürgerung an der Urne kommt der Situation an der Gemeindeversammlung sehr nahe. Auch hier kann der Einbürgerungsantrag des Ge-

Bitte reservieren!
Ausserordentliche SVP-Delegiertenversammlung
Samstag, 13. September 2003 im Mittelpunkt der Schweiz



Die Gewaltentrennung, der nationale Konsens und die Zukunft des Landes

Gewaltentrennung ist ineffizient. Gewaltentrennung ist gleichzeitig eine notwendige Voraussetzung für die Freiheit von Bürgerinnen und Bürgern. Macht korrumpiert. Absolute Macht korrumpiert absolut, wie Lord Emerich Edward Acton vor mehr als einem Jahrhundert trefflich bemerkt hat. Nun gibt es keine politische Ordnung ohne die Übertragung von Macht an Behörden und - in dieser modernen, arbeitsteiligen, komplizierten Welt – auch in einem gewissen Masse an die verschiedensten öffentlichen Verwaltungen. Nur das wachsame Auge

anderer, ebenfalls mit Macht ausgestatteter Instanzen – *anderer* Behörden, *anderer* Verwaltungen, unabhängiger Medien oder *anderer* unabhängiger Medien - schützt Bürgerinnen und Bürger *genügend* vor dem stets drohenden Missbrauch.

Wer hierzulande am Gemeinwesen arbeitet, ist sich in der Regel der durch die Gewaltentrennung herbeigeführten Ineffizienz nur allzu schmerzlich bewusst. Es gilt, im Interesse der Freiheit, diese Ineffizienz zu akzeptieren, mit ihr zu leben. Es gilt aber *auch*, Mass zu halten! Wenn verfassungsmässige Aufgaben dazu eingesetzt werden, recht durchsichtig Wahlkampf zu treiben, geht die Ineffizienz zu weit. In der Regel ist gegen derartige Übertreibungen die aufmerksame öffentliche Meinung das beste Mittel: Wer überbordert, wird, von den Leserbriefen bis zu den Wahlzetteln, von Bürgerinnen und Bürgern früher oder später in die Schranken gewiesen. Dies geschieht jedoch nur, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind: Einerseits bedarf es einer gewissen nationalen Einigkeit, wohin ungefähr die gemeinsame politische Reise gehen solle, andererseits muss die Meinungsbildung in Freiheit erfolgen können. Zu beidem, zum Grundkonsens und zur Freiheit, zu denken und das Gedachte zu äussern, gilt es in unserem Land, besonders aufmerksam Sorge zu tragen. Die Freiheit der Meinungsbildung wird zum Beispiel beeinträchtigt, wenn vorgängige Absprachen zwischen Teilen der Verwaltung, der Medien und einzelnen Behörden den zuständigen Verantwortlichen gegenüber und vor allem dem *höchsten* Verantwortlichen, dem Volk gegenüber, in unfairer Weise nicht transparent gemacht werden. Zum Glück kommen derartige Absprachen und vergleichbare Dinge in der trotz allem überschaubar kleinen Schweiz dank der Wachsamkeit des Volkes stets eher früher als später an den Tag und werden so in ihrer Wirksamkeit vermindert.

Wir werden jedoch als Volk zu jeder Zeit wachsam *zu bleiben* haben. Behalten wir das höchste politische Ziel im Auge, die Erhaltung der demokratischen, freiheitlichen Ordnung *im* Vaterland und seiner weltoffenen und solidarischen, gleichzeitig selbstbewussten und an den schweizerischen Interessen orientierten nationalen Unabhängigkeit *gegen aussen*. Damit erreichen wir, hoffentlich, dass auch unsere Enkel und Urenkelinnen freudig an der höchsten politischen Aufgabe von allen, am grössten Glück der grössten Zahl werden arbeiten können.

Bundesrat Samuel Schmid

"Spuk" am Bundesgericht!

Würde die künftige Einbürgerungspraxis nach dem Willen der Bundesrichter von SP, FDP und CVP angewandt, müssten die traditionellen und bewährten demokratischen Entscheidungsmöglichkeiten (zB: Volksabstimmung an der Urne, Einbürgerungsentscheide durch eine Gemeindeversammlung usw.) massiv eingeschränkt werden.

Am Bundesgericht in Lausanne ist es zudem seit einiger Zeit möglich, dass man als Einzelperson unverhofft und je nach persönlichem Standort, möglicherweise angespuckt werden könnte. Vor nicht allzu langer Zeit hatte

nämlich ein Bundesrichter infolge geistiger Ueberhitzung am Arbeitsplatz, mit spucken auf eine Drittperson grosse persönliche Aufmerksamkeit erreicht.

Neuerdings „bespuckt“ ein

ansehnlicher Teil der oben erwähnten Bundesrichter auch noch unsere demokratischen Volksrechte. Warum?

Als erste Bundesrichter seit 1848, dem Beginn unserer ersten Bundesverfassung, haben sie nämlich nach über 155 Jahren herausgefunden, wie man die Grundmauern der schweizerischen Demokratie im Bereich der Einbürgerungen wirksam erschüttern kann.

Inskünftig sollen Einbürgerungen als reiner Verwaltungsakt gelten. Also keine Volksentscheide mehr an der

Urne! Wer verkörpert denn in unserem Land die höchste politische Gewalt? Bis vor kurzem war's der Souverän, das Volk. Und in Zukunft? Wenn es im Bundesgericht noch weiter so „herumspuckt“, verkommen unsere Volksrechte immer mehr zum eigentlichen **-Spuk-**, laut Duden kurz und bündig: Unfug!

Kurt Küng
SVP-Kantonsrat und
Nationalratskandidat,
Feldbrunnen (SO)

SP, FDP und CVP treiben uns in den Ruin

Die Schweiz hat in den vergangenen Jahren viel von ihrer Attraktivität verloren. Die ineffiziente, teure sozialistische Politik hat uns höhere Steuern, mehr Schulden, weniger Sicherheit, mehr Kriminalität und Gewalt, weniger Unabhängigkeit und einen enormen Asylmissbrauch gebracht. Unter Führung der SP treiben FDP und CVP unser Land so früher oder später in den Ruin.

Jüngstes Beispiel der unheilvollen Allianz sind die Entscheide des Bundesgerichts zu den Einbürgerungen. Richter der SP, CVP und FDP setzten bewährte demokratische Prinzipien faktisch ausser Kraft.

Die jüngsten Bundesgerichtsentscheide zur Bürgerrechtserteilung haben massive Folgen: Unser demokratisches System wird auf den Kopf gestellt und die Bundesverfassung völlig neu interpretiert. Die Lausanner Richter haben einen demokratisch gefassten Volksentscheid ausser Kraft gesetzt und sich so über den Souverän gestellt. Dies dürfen wir nicht akzeptieren: Es geht nicht an, dass die Gerichte Politik betreiben – dafür sind die Richter nicht gewählt!

Verwaltungs- verfügung statt demokratischem Entscheid?

Bisher war es völlig unumstritten, dass in der Schweiz über Einbürgerungen demokratisch entschieden wird. Auch bei der Nachführung der Bundesverfassung waren Sinn und Bewährtheit demokratischer Entscheide nie bestritten. Nun soll dies plötzlich ändern: Es handle sich hier um eine Verwaltungsverfügung, belehrt uns das Bundesgericht. Und Verwal-

tungsverfügungen werden, wie es der Name schon sagt, am besten von der Verwaltung selbst gemacht – und nur in Ausnahmefällen vom Souverän. Gegen eine solche Verfügung ist zudem (anders als bei politischen Entscheiden) eine Beschwerde zulässig: Es gibt genaue Richtlinien, an welche sich die Verwaltung halten muss. Denn die Verwaltung handelt ja im Auftrag des Souveräns. Und wenn sie dies nicht tut, kann man Beschwerde erheben.

Davon unterscheidet sich der demokratische Volksentscheid: Er ist quasi „höchstinstanzlich“, abschliessend, muss nicht begründet werden und geschieht völlig frei. Das ist das Wesen der Demokratie: Jeder Bürger hat das Recht, abzustimmen – der Gutinformierte, der Schlechtinformierte, der Zufriedene, der Wütende, der Protestwähler, der Denkmittel-Stimmer und der konsensorientierte Wähler. Alle haben dasselbe Recht, und alle müssen nicht begründen, warum sie ja oder nein stimmen. Und sie müssen sich schon gar nicht nachträglich „rechtfertigen“, wie dies das Bundesgericht im Fall Emmen forderte.

Einbürgerungsentscheide waren immer politische Entscheide: Hier geht es um den Beschluss, wer künftig zum Souverän, zur Gesamtheit der

Stimmbürger gehören soll. Bei diesem Entscheid ist die Einschätzung darüber, ob der Gesuchsteller mit den Prinzipien des demokratischen, freiheitlichen Rechtsstaats genügend vertraut und einverstanden ist, von zentraler Bedeutung. Bei diesem Entscheid müssen die Stimmbürger völlig frei sein. Es ist eine bedenkliche Entwicklung, dass die Gerichte vorschreiben wollen, wie die Bürger zu stimmen haben.

Gleiches Strickmuster

In der Asylpolitik findet dieses Trauerspiel seine nahtlose Fortsetzung. „Wir haben die Lage im Griff“, hiess es im vergangenen November von allen Seiten. CVP und FDP versprochen, die SVP-Forderungen im Rahmen der Asylgesetzrevision im Parlament einzubringen. Die SVP-Asylinitiative wurde deshalb ganz knapp verworfen, weil die Stimmbürger der CVP und FDP glaubten. Nun wollen der Bundesrat und die anderen Parteien von ihren Versprechen nichts mehr wissen. Die Asylrechtsrevision wird auf die lange Bank geschoben: Sie darf nicht zur Wahlkampfdiskussion werden. SP, CVP und FDP nehmen bewusst in Kauf, dass die illegale Einwanderung immer weiter zunimmt und auch Drogenschmuggel, Kriminalität und Gewalt nicht effizient bekämpft werden können.

Nur die SVP kann etwas ändern

Nun stehen wir vor der Situation, dass wir einerseits eine völlig unkontrollierte illegale



► Gregor A. Rutz,
Generalsekretär SVP und
Verfassungsrat, Küsnacht (ZH)

Zuwanderung haben und andererseits die Anwesenden wahllos einbürgern sollen. Die Folge dieser unseligen Politik: Wir zahlen, zahlen, zahlen. Wir zahlen mehr Steuern, mehr Abgaben, mehr Gebühren, mehr Krankenkassenprämien... Und was passiert? Gar nichts. Immer öfter sind wir die Dummen!

Die Konstellationen bleiben sich immer gleich: Im Parlament schaltet und waltet eine Mehrheit aus SP, FDP und CVP. Auch an den erwähnten Bundesgerichtsurteilen waren ausschliesslich Richter aus CVP, FDP und SP beteiligt. Hier müssen wir dringend etwas ändern: Wer nicht will, dass SP, FDP und CVP unser Land noch völlig ruinieren, muss im Oktober SVP wählen. ◀

Neu im Shop: Polo-Shirts und Post-it!

..... Expl.	Polo-Shirt (Neu!)	dunkelblau	Grösse	(XS, M, L, XL, XXL)	Fr.	40.--
..... Expl.	Polo-Shirt (Neu!)	weiss	Grösse	(XS, M, L, XL, XXL)	Fr.	40.--
..... Expl.	Post-it (Neu!)	Block à 50 Blatt			Fr.	2.--
..... Expl.	Offiziersmesser	Original Victorinox			Fr.	20.--
..... Expl.	Kleber	Bogen à 35 Kleber			Fr.	6.--
..... Expl.	Jass	deutschschweizer Karten	franz. Karten		Fr.	3.--
..... Expl.	Ballone	Sack à 50 Stück			Fr.	40.--
..... Expl.	Kugelschreiber				Fr.	2.50
..... Expl.	Feuerzeug	nachfüllbar			Fr.	5.--
..... Expl.	Tischtuchrolle	PVC, 1 x 100 m			Fr.	100.--



Name Vorname

Adresse PLZ/Ort

Telefon Mail

Ort Datum Unterschrift

Bitte Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach, 3000 Bern 26, per Fax an 031 301 75 85 oder Mail gs@svp.ch

STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahren Spass macht.

Stadler Bussnang AG
CH-9565 Bussnang
Telefon +41 (0)71 626 20 20
E-Mail stadler.bussnang@stadlerail.ch
www.stadlerail.com





Mutterschaftsversicherung - eine ungerechte Luxuslösung

Die SVP hat an der eidgenössischen Delegiertenversammlung vom 28. Juni 2003 das Referendum gegen die Mutterschaftsversicherung beschlossen. Obwohl die Mutterschaftsversicherung bereits drei Mal vom Volk abgelehnt wurde, hat der Bundesrat wieder eine neue Vorlage ausgearbeitet.

Mit der geplanten Mutterschaftsversicherung sollen erwerbstätige Mütter künftig während 14 Wochen 80 Prozent des zuvor erzielten Lohnes erhalten. Diese Zahlungen würden aus der Kasse der Erwerbsersatzordnung finanziert werden. Die jährlichen Kosten dafür werden sich voraussichtlich auf fast 500 Millionen Franken belaufen. Damit will man die erwerbstätigen Frauen schützen und ihnen ermöglichen, Beruf und Familie besser vereinbaren zu können. Eine Mogelpackung, welche sehr verlockend ist!

Kein Sozialausbau mit Ersparnissen

Bereits im Jahre 1948 hatten sich in der Kasse der Erwerbsersatzordnung (EO) Reserven in der Höhe von ca. zwei Milliarden Franken angesammelt. Damals wurde damit der Start der AHV finanziert. Heute befindet sich im EO-Fond wiederum ein Überschuss von über 3,5 Milliarden. Jetzt sollen diese Reserven für die neue Mutterschaftsversicherung genutzt werden. Zu viel Geld in einer Kasse darf keinesfalls dazu verleiten, unseren Sozialstaat auszubauen. Vielmehr wären die EO-Beiträge zu kürzen. Damit würden sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer finanziell entlastet werden und somit könnten alle davon profitieren.

Eine Mehrbelastung für die Wirtschaft

Dass diese Reserven für die neue Versicherung jedoch nicht lange reichen werden, ist heute schon klar: Bereits fünf Jahre nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes für die Mutterschaftsversicherung und nochmals im Jahre 2012 müssten die EO-Beitragssätze für Arbeitgeber und Arbeitnehmer mindestens um je ein Promille angehoben werden. Die jährlichen Kosten von knapp 500 Millionen Franken müssen einmal mehr von der arbeitenden Gesellschaft teuer bezahlt werden. Bereits heute können die aktuellen Sozialinstitutionen kaum finanziert werden. Für die AHV und IV sind Steuererhöhungen geplant und die Prämien für die 2. Säule sind bereits angehoben worden. Dass nun auch noch die EO-Beiträge erhöht werden müssen, ist schlichtweg nicht mehr tragbar.

Des weiteren ist die künftige Zwangslösung von 14 Wochen Mutterschaftsurlaub sehr statisch und vor allem für kleinere Unternehmen schwierig zu handhaben. Heute gilt gemäss Obligationenrecht für Mütter ein Arbeitsverbot bis acht Wochen nach der Geburt ihres Kindes. Anschliessend dürfen sie mit ihrem Einverständnis jedoch wieder beschäftigt werden. Bereits heute werden flexible

und brancheninterne Lösungen zwischen den Sozialpartnern ausgearbeitet, welche wirtschaftlicher und für beide Parteien sinnvoller sind.

Es erstaunt deshalb, dass sich der Arbeitgeberverband hinter die geplante Mutterschaftsversicherung stellt. Es wird wohl eingeräumt, dass man gegen einen Ausbau des Sozialstaates sei. Doch lieber habe man eine eidgenössische unbefriedigende Mutterschaftsversicherung anstatt gar keine. Diese Argumentation erscheint doch etwas eigenartig.

Zwei Klassen von Müttern

Von der Mutterschaftsversicherung werden nur diejenigen Müttern profitieren, welche während der Schwangerschaft erwerbstätig waren. Andere, welche nach jahrelanger Erwerbstätigkeit mit Bezahlung von EO-Beiträgen eine „Baby-Pause“ einlegen, gehen leer aus. Ein Drittel aller Müttern werden also von der Versicherung ausgeschlossen. Dabei sind es gerade diese Mütter, welche ihre Eigenverantwortung wahr nehmen. Sie betreuen und erziehen ihre Kinder selber, und geben ihre Verantwortung nicht vollumfänglich an Drittpersonen oder Kinderhorte ab. Und genau sie werden mit der neuen Mutterschaftsversicherung bestraft und erhalten keine Unterstützung. Das entspricht keiner gerechten Lösung.

Mit der geplanten Mutterschaftsversicherung wird unser Sozialstaat einmal mehr nach Lust und Laune ausgebaut. Wir befinden uns in einer Zeit, in welcher es darum geht, die bestehenden Sozialwerke zu sichern. Doch



► Rachel Grütter-Eckert, Rechtsanwältin und Nationalratskandidatin, Kloten (ZH)

selbst das ist für die mittelständische Bevölkerung kaum noch zahlbar. Einen zusätzlichen Sozialausbau zwecks einer Mutterschaftsversicherung können wir uns nicht mehr leisten! Vielmehr ist es wichtig, dass wir dafür sorgen, dass alle traditionellen Familien in einem gesunden und steuergünstigen Staat leben können. So helfen wir unseren Kindern, der Gesellschaft und vor allem unserer Zukunft viel mehr!

Deshalb ist es wichtig, dass auch Sie sich für das beschlossene Referendum gegen die Mutterschaftsversicherung einsetzen! ◀

Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat!

Inserat

Erfolg ist planbar. Wie? Die Gratisbroschüre

„Das Erfolgsgeheimnis“

gibt Auskunft. Sofort anfordern!

Von Hans Müller, Heimatweg 1, 5040 Schöftland



SVP - mit dem Volk verbunden!

Sie läuft bereits seit anfangs April: die Telefonaktion der SVP „Mit dem Volk verbunden“. Noch bis zu den Eidg. Wahlen vom 19. Oktober 2003 haben Sie jede Woche die Möglichkeit, einer Parlamentarierin bzw. einem Parlamentarier direkt am Telefon Ihre Fragen zu stellen. Nutzen Sie diese einmalige Gelegenheit!

- Mi., 6. August 2003, 17.00 - 19.00 Uhr
Nationalrat Robert Keller (ZH)
- Mi., 13. August 2003, 17.00 - 19.00 Uhr
Nationalrat Hansruedi Wandfluh (BE)
- Mi., 20. August 2003, 11.30 - 13.30 Uhr
Nationalrat Otto Laubacher (LU)
- Mi., 20. August 2003, 17.00 - 19.00 Uhr
Nationalrat Toni Bortoluzzi (ZH)
- Mi., 27. August 2003, 11.30 - 13.30 Uhr
Nationalrat Hermann Weyeneth (BE)
- Mi., 27. August 2003, 17.00 - 19.00 Uhr
Nationalrat Bruno Zuppiger (ZH)
- Mi., 3. September 2003, 11.30 - 13.30 Uhr
Nationalrat Christoph Blocher (ZH)
- Mi., 3. September 2003, 17.00 - 19.00 Uhr
Nationalrat Ueli Maurer (ZH)
- Mi., 10. September 2003, 11.30 - 13.30 Uhr
NR J. Alexander Baumann (TG)
- Mi., 10. September 2003, 17.00 - 19.00 Uhr
Nationalrat Caspar Baader (BL)

Die SVP Nummer: 031 302 04 09



**Immer aktuell
informiert:
SVP-News auf
Ihrem Handy!**

Jetzt anmelden!

**Senden Sie ein SMS mit dem Text „SVP ON“
an die Kurznummer 939 (40Rp./SMS)
oder benutzen Sie die Online-Anmeldung
auf www.svp.ch**



Impressum SVPja

**Herausgegeben von der
Stiftung SVP-Parteizeitung**

Anzeigenverwaltung:

Postadresse:

Abonnementspreise:

Bankverbindung:

Druck:

Adressänderungen:

Erscheint 12 Mal im Jahr

Simon Glauser, Tel 031 302 58 58, Fax 031 301 75 85, svpja@svp.ch

Generalsekretariat SVP, Brückfeldstr. 18, Postfach, 3000 Bern 26
Tel 031 302 58 58, Fax 031 301 75 85, svpja@svp.ch

Jahresabonnement für Nicht-Parteimitglieder 35.-
Parteimitgliedern wird die Zeitung gratis zugestellt.

Stiftung SVPja, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Verlag Zofinger Tagblatt, Henzmannstr. 18, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

siehe Adresse **„Druck“**

Verantwortlich für die Redaktion:
Dr. Yves Bichsel

Handlungsbedarf unbestritten

Die Vernehmlassung in den Kantonalparteien zur 3. Asylinitiative der SVP ist abgeschlossen. Der Handlungsbedarf im Asylwesen war nicht bestritten. Hauptstossrichtung ist die Verankerung der vollen Verantwortlichkeit des Bundes für Asylsuchende bis zur endgültigen Ausreise oder der Regelung des Aufenthalts. Besondere Unterstützung erfuhren die Massnahmen bezüglich krimineller Asylsuchender. Der endgültige Entscheid liegt nun bei den Gremien.

Der Asylrechtsmissbrauch brennt nach wie vor unter den Nägeln. 8 Monate nach der hauchdünnen Ablehnung der SVP-Asylinitiative ist kaum mehr etwas von den glühenden Versprechungen des Bundesrates und der anderen Parteien zu spüren. Eine Wende in der Asylpolitik scheint ferner denn je. Pro Monat sind über 1500 neue Gesuche zu verzeichnen! Die Kantone und Gemeinden werden mit ihren Problemen weiterhin allein gelassen und die hohen Asylzahlen sind den Zeitungen höchstens eine kleine Notiz wert. Es ist einmal mehr an den Bürgerinnen und Bürgern, das Heft in die Hand zu nehmen und den Druck mit einer neuen Asylinitiative wieder zu verstärken.

Bund muss Verantwortung übernehmen

Vor einiger Zeit überraschte der Direktor des Bundesamtes für Flüchtlinge, Jean-Daniel Gerber, mit der Forderung nach einem Fürsorgestopp für Asylbewerber, auf deren Gesuch nicht eingetreten wird. Die Sache hat natürlich einen Haken. Es wären dann nämlich die Kantone und Gemeinden, die im konkreten Fall die Personen mit dem Nötigsten versorgen müssten, sofern diese anstatt auszuweichen mittellos auf der Strasse bleiben würden. Dies ist möglich, weil der Bund bis heute nicht verpflichtet ist, die Verantwortung für Asylsuche

solange zu tragen bis sie das Land wieder verlassen haben oder aber eine ordentliche Aufenthaltsgenehmigung bekommen. So geht es nicht. Der Bund trägt mit der laschen Asylpolitik und dem mangelnden Grenzschutz die Hauptverantwortung für den Zustrom an Asylbewerbern. Er soll künftig die Verantwortung auch wirklich vollumfänglich übernehmen.

fahren frei zu entscheiden, steht allerdings noch ein zweites Initiativ-Begehren im Raum, nämlich eine Einbürgerungs-Initiative. Wenn das Bundesgericht sich so frei fühlt in der Interpretation unserer Verfassung muss halt ein neuer Artikel verankert werden, der die Freiheit der Gemeinden festhält. Es sind ja auch bereits in einzelnen Kantonen von der SVP ent-



► Nationalrat Otto Laubacher, Präsident der Arbeitsgruppe Migration, Kriens (LU)

wird ebenso wie die Asylinitiative von den Gremien zu prüfen sein. Denkbar wäre auch, dass zwei Initiativen in Form eines Pakets lanciert werden. Beide Anliegen beschäftigen die Bevölkerung gleichermassen, und dies mit Recht. Der Asylrechtsmissbrauch kostet uns jährlich Milliarden und der Bundesgerichtsentscheid ist ein Maulkorb, der inakzeptabel ist.

In jedem Fall wird die SVP nicht zusehen, wie immer häufiger internationales Recht unseren Handlungsspielraum einschränkt. Die Schweiz soll eigenverantwortlich handeln, im Asylwesen ebenso wie bei der Einbürgerung. Die Aufgabe des Bundesrates ist es, dies in der Asyl- und Migrationspolitik umzusetzen anstatt sich auf die EU und ihre Weisungen zu fixieren. ◀



► Keine Wende in Sicht: Immer noch über 1500 neue Asylgesuche pro Monat!

Einbürgerungsinitiative gefordert

Über den endgültigen Wortlaut der Asyl-Initiative wird der leitende Ausschuss zu befinden haben. Und schliesslich hat am 13. September die Delegiertenversammlung das letzte Wort in Bezug auf die Lancierung. Mit den jüngsten Bundesgerichtsentscheiden, wonach es den Gemeinden nicht mehr erlaubt sein soll, über das Einbürgerungsver-

sprechende Standesinitiativen verlangt worden.

Die SVP Baselland hat der SVP Schweiz den Antrag gestellt, eine nationale Volksinitiative zu lancieren. Dies

Entwurf eines Verfassungsartikels zur Einbürgerung

Art. 38 Abs. 4 BV (neu)

Die Stimmberechtigten jeder Gemeinde legen in der Gemeindeordnung fest, welches Organ das Gemeindebürgerrecht erteilt. Der Entscheid dieses Organs über die Erteilung des Gemeindebürgerrechts ist endgültig.

Jugendgewalt und Ausländerkriminalität - Schluss damit!

Vor einem Jahr hat die SVP einen Forderungskatalog für mehr Sicherheit verabschiedet. Die Politiker sind gefordert, endlich alle am gleichen Strick zu ziehen und die notwendigen Massnahmen in die Tat umzusetzen. Wir dürfen der Gewalt und der Kriminalität nicht mehr länger tatenlos zusehen!

Die Delegierten der SVP haben am 6. Juli 2002 in Pratteln einen Forderungskatalog gegen die wachsende Kriminalität in der Schweiz beschlossen. Dabei stand insbesondere die Ausländerkriminalität im Zentrum. Sie forderten die nationalen, aber auch die kantonalen und kommunalen Parlamentarier und andere Verantwortungsträger auf, sich für die dargelegten kurz- und mittelfristigen Massnahmen einzusetzen. Inzwischen ist das Wahljahr angebrochen und plötzlich besinnen sich auch andere auf die Sicherheit. Wichtig wären aber nicht leere Wahlversprechen. Es muss endlich etwas geschehen! Wir müssen alles daran setzen, die Forderungen von Pratteln in die Tat umzusetzen und der Gewalt und Kriminalität in unserem Land wenigstens zu minimieren.

Die Forderungen von Pratteln sind nach wie vor gültig und sollen hier noch einmal im Auszug wiederholt werden:

Grenzschutz verbessern

Sicherheit beginnt an der Grenze, wie die jüngsten Erfolgsmeldungen des Grenzwachtkorps (GWK) zeigen. So wurden allein in den ersten 6 Monaten dieses Jahres sage und schreibe 16'980 polizeilich gesuchte Personen an der Grenze festgenommen. Mit

einer Verbesserung könnte ein wesentlicher Beitrag zur Sicherheit im Landesinnern geleistet werden.

► **Das Grenzwachtkorps ist personell aufzustocken und zur Überbrückung personeller Engpässe mit dem Festungswachtkorps und gegebenenfalls dafür ausgebildeten Durchdienern zu verstärken.**

Kriminelle inhaftieren

Je grösser die Zahl der Asylsuchenden, desto einfacher ist es auch für Kriminelle, das Asylrecht zu missbrauchen, um sich in der Schweiz aufzuhalten. Nebst der Bekämpfung des Asylrechtsmissbrauchs sind abschreckende Massnahmen dringend notwendig.

► **Asylsuchenden sowie Auszuschaffenden ohne Papiere ist ein Gebiet zuzuweisen, das sie unter Haftandrohung bis zur Ausreise nicht verlassen dürfen.**

► **Für renitente Asylsuchende ist die Haftdauer zu verlängern und das Haftregime strenger zu führen.**

► **Gewalttätige bzw. kriminelle Asylsuchende sind bis zur Ausschaffung zu inhaftieren. Die maximale Haftdauer ist in schweren Fällen aufzuheben.**

Delikte konsequent ahnden

Delikte gegen Leib und Leben nehmen zu. Wir verzeichnen aktuell über 6000 Körperverletzungen und über 200 Tötungen pro Jahr! Die Ausländerkriminalität sticht dabei besonders ins Auge: 70% der Insassen unserer Gefängnisse sind ausländische Staatsangehörige!

► **Wo Handlungsbedarf im Sicherheitsbereich besteht, sind die kantonalen und städtischen Polizeikörper primär in diesem Bereich einzusetzen und nötigenfalls aufzustocken.**

► **Jegliche Angriffe auf Personen des öffentlichen Dienstes sind zum Officialdelikt zu erklären.**

► **Drogen- und Menschenhändler sind konsequent zu inhaftieren. Bei Straftätern ausländischer Staatsangehörigkeit haben diese Delikte zwingend zu einer Wegweisung bzw. zum Entzug der Aufenthaltsbewilligung zu führen.**

Jugendgewalt verhindern

Zu den Ursachen für Gewalt an den Schulen und in den Jugendtreffpunkten gehört insbesondere der Missbrauch von Drogen und Alkohol. Dort muss die Prävention ansetzen. Gleichzeitig sind Sanktionsmöglichkeiten zu schaffen, um Regelungen auch durchzusetzen und die Eltern in die Verantwortung mit einzubinden.

► **An den Schulen sind Alkohol-, Drogen- und Waffenverbote durchzusetzen.**

► **Ausländischen Familien, deren Kinder in der Schule mehrfach gewalttätig wurden, ist die Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung zu verweigern bzw. der Entzug der Niederlassungsbewilligung anzudrohen.**

► **Eltern sind bei kriminellen Aktivitäten ihrer Kinder zur Rechenschaft zu ziehen.**

Nationalrat Jakob Freund,
Präsident der SVP-Sicherheitskommission, Bühler (AR)

Jugendgewalt: Die jüngsten Schlagzeilen

20. Juni, Biel: Zwei Skater werden von einer zehnköpfigen Bande angegriffen und verletzt.

21. Juni, Zug: Eine Gruppe von Jugendlichen greift mehrere junge Männer grundlos an. Einem Opfer brechen sie die Nase.

27. Juni, Niederglatt: Kurz nach 16 Uhr wird in der S-Bahn Richtung Bülach ein 17-Jähriger ohnmächtig geschlagen und ausgeraubt. Die Täter werden vom Opfer als 15- bis 17-jährige «slawische Hip-Hopper» beschrieben.

28. Juni, Dietikon: Auf dem Maag-Areal werden zwei Jugendliche ausgeraubt. Die Täter sind zwischen 18- und 20-jährig und sprechen gebrochen Deutsch.

5. Juli, Lachen: Nach einem Grümpeltournier kam es in einer Bar zu einer Auseinandersetzung, bei der ein 19-jähriger einen 33-jährigen aus Rache niederstach.



Gewalt darf nicht einfach hingenommen werden

Meldungen von Gewalttaten begegnen uns heute fast täglich in den Medien. Die Gefährdung nimmt bedrohliche Ausmasse an. Die Ursachen müssen nun unbedingt diskutiert werden.

Es ist an der Zeit, dass offen über die Ursachen von Gewalt diskutiert wird, und die Politik den Handlungsbedarf wahrnimmt. Einerseits sind Eltern und Lehrpersonen gefordert, andererseits müssen Politikerinnen und Politiker entsprechende Rahmenbedingungen schaffen.

Was ist Gewalt?

Gewalt bzw. Aggression ist ursprünglich ein selbst- und arterhaltender **Instinkt**. Heute leiten sich viele aggressive Handlungen von einer vorangegangenen Kränkung ab, sind also Reaktionen eines Individuums auf einen anderen Menschen oder eine bestimmte Situation. Wären aber aggressive Handlungen stets reaktiv, würden sie sich dort entladen, wo sie entstanden sind. Dies trifft aber in der Regel nicht zu, sondern Aggressionen zeichnen sich meist durch ihre Ungerichtetheit aus.

Gewalt kann sich dabei verschieden äussern: In Form von Sprachgewalt („Fäkaliensprache“, Gestik wie dem „Stinkfinger“), als psychische Gewalt wie Mobbing, Sticheleien usw. und schliesslich in physischer Gewalt gegen Dinge, Menschen oder sich selbst. Alle Gewaltäusserungen haben eines gemeinsam: Sie zeigen eine Missachtung gültiger Regeln des menschlichen Zusammenlebens mit Normen, Werten und Gesetzen. Wegen der markanten Zunahme von Gewalttaten, ist die Politik gefordert zu handeln.

Ursachen

■ **Fehlende Normen und Gesetze**

In den 60er Jahren wurde von Psychologen die Ursache von Gewalt und Aggressionen in der Frustration, Einengung, Unterdrückung und Angst gefunden. Deshalb wurde eine antiautoritäre Erziehung gefordert. Doch dreissig Jahre später ist die Enttäuschung über den Misserfolg dieses „Erziehungsmodells“ gross. Denn bedingungslose Wunsch-erfüllung und Bedürfnisbefriedigung haben zu Übersättigung und Langeweile und damit wieder zu Frustrationen und Aggressionen geführt.

■ **Beziehungs- und Haltlosigkeit**

Materialismus, Besitz und Konsum haben den höchsten Stellenwert eingenommen, obschon sich Kinder eigentlich nach Geborgenheit und Zuneigung sehnen. Dies erzeugt bei vielen Kindern und Jugendlichen eine innere Leere und Frustration. Durch gemeinsame Erlebnisse würde das Vertrauen zu den Eltern gestärkt, so dass Kinderfragen und -probleme im Gespräch angegangen werden könnten. Kinder, die sich in Konfliktfähigkeit geübt haben, sind gegen Gewalttaten resistenter.

■ **Faszination der Gewalt in den Medien**

Im vielen Filmen oder Computerspielen bleiben Gewaltanwendungen heute oft ohne Folgen, so dass dem Kind ein verzerrtes Weltbild vermittelt

wird. Es kann somit kein Schuld- oder Unrechtsbewusstsein aufbauen.

Nach einer Studie von Johann Peter Gleiche (Fachhochschule Köln) sehen bereits Fünfjährige bis zu 70 Morde am Fernseher oder Computer pro Tag. Hier sind vor allem die Eltern gefordert, den Medienkonsum ihrer Kinder zu überwachen und zu begleiten.

Problemfelder

Die sich aus den Ursachen ergebenden Politikfelder, in denen das Problem angepackt werden kann und muss, sind vielfältig:

■ **Familienpolitik**

Die Erziehungskompetenz der Eltern ist zu stärken. In Schulungen sollten künftige Eltern über entwicklungspsychologische Zusammenhänge und die Bedürfnisse des Kindes informiert werden. Grosszügige Kinderzulagen (anstatt Krippenplätze) müssen es Eltern ermöglichen, dass sich ein Elternteil während der Vorschulzeit ganz der Kindererziehung widmen kann. Kinder lernen durch Nachahmung, so dass ein gutes Vorbild von grosser Wichtigkeit ist.

■ **Bildungspolitik**

Kinder sind in der Schule nach ihren Fähigkeiten zu fördern. Die Selektion ist dabei wichtig. Der leidige Niveauunterrichtsstress sollte abgeschafft und die Integrationsbemühungen von schwierigen und schwachen Schülerinnen in Regelklassen gestoppt werden. Denn die tägliche Konfrontation mit dem Unvermögen, die gewünschten Leistungen zu erbringen, führt unweigerlich zu Frustrationen und Aggressionen. Dagegen wird auch

die verordnete schulische Sozialarbeit nichts ausrichten.

■ **Ausländerpolitik**

Fremdsprachige Kinder sollen vor der Einschulung in Regelklassen in speziellen Klassen die Sprachkompetenz erlangen, damit sie mühelos in allen Fächern dem Unterricht folgen und bei Auseinandersetzungen mit Worten argumentieren können und nicht mit körperlicher Gewalt reagieren. Die finanziellen Mittel für die Integration dürfen nicht in die Sprach- und Kulturvermittlung der Herkunftsländer verwendet werden, sondern für Extraklassen mit Schwerpunkt „Deutsche Sprache“.

Die Zahl der ausländischen Gewalttäter, welche einen Grossteil aller Gewalttaten in der Schweiz ausführen, ist besorgniserregend.

■ **Staats- und Sicherheitspolitik**

Das Strafmass für Gewalttaten ist höher anzusetzen. Es darf nicht sein, dass das Opfer zum Täter gemacht wird. Bei Gewalt in der Schule müssen die Eltern zur Verantwortung gezogen werden. Ein Schulabschluss muss möglich sein.

Übrigens: Erwiesenermassen wird ein Grossteil der Gewalttaten unter Drogeneinfluss ausgeführt. Im Drogenrausch sinkt die Hemmschwelle für Gewaltdelikte massiv. Die Glaubwürdigkeit der Politik und diejenige des Staates würde gestärkt, wenn Gesetze, die sich die Bevölkerung fürs friedliche, gewaltfreie Zusammenleben selber gegeben hat, umgesetzt würden.

Sabina Geissbühler-Strupler,
Nationalratskandidatin,
Herrenschwanden (BE)



Referendum unverständlich

Seit Jahren kämpft die SVP gegen neue Steuern und Abgaben und verlangt eine nachhaltige Reduktion von verschiedenen fiskalischen Belastungen beim Kanton, als auch beim Bund. Das eidgenössische Parlament hat nun eine Steuerreform beschlossen, welche vor allem Ehepaare und Familien entlastet und das selbst genutzte Wohneigentum fiskalisch fördern will.

So weit, so gut, denken sich vor allem mittelständische Familien und Wohneigentümer. Nur hat offensichtlich die Mehrheit des Parlamentes die Rechnung ohne den Wirt gemacht! Die kantonalen Finanzdirektorinnen und -direktoren gehen nun in die Offensive und wollen das Referendum ergreifen. So auch im Kanton Aargau.

Antrag auf Referendum schon gestellt

Die entsprechende Botschaft des Regierungsrates ist den Mitgliedern des kantonalen Parlamentes bereits zugestellt worden. Obwohl die Regierung mit der Stossrichtung des „Steuerpaketes 2001“, welches das Bundesparlament am 20. Juni verabschiedet hat, einverstanden ist, moniert sie „unzumutbare“ Steuerausfälle für den Kanton und die Gemeinden.

Die Regierung rechnet dem Parlament und der Öffentlichkeit vor, dass der Kanton Aargau ab 2005 rund 24 Millionen Franken, resp. ab 2008 74 Millionen an Ausfällen zu verkraften habe. Dazu kämen dann noch die Ausfälle bei den Gemeinden von weiteren 45 Millionen Franken. Wenn nun noch weitere Mindererträge durch die andauernde Wirtschaftsflaute sowie zusätzliche Ausgaben hinzukämen, komme der Aargau in ernsthafte Schwierigkeiten.

Deshalb sei nach Überzeugung des Regierungsrates eine zukunftsgerichtete Finanzpolitik mit der Umsetzung des beschlossenen Steuerpaketes 2001 gar nicht möglich.

Die Zeiten ändern sich

Das sagt der gleiche Regierungsrat, der vor 9 Monaten bei der Präsentation einer wissenschaftlichen Studie über die Entwicklung der Finanzen im Aargau verlauten liess, dass „der Kanton einen beträchtlichen finanzpolitischen Spielraum“ habe. Fazit dieser Studie: „Der Kanton kann in der Zukunft auch etwas „sorgloser“ mit seinen Finanzen umgehen, ohne dass die Nachhaltigkeit seiner Finanzpolitik gefährdet wäre.“ So ändern sich die Zeiten!

Was ist zu tun

Die SVP Fraktion des aarg. Parlamentes wird der Regierungsrätlichen Empfehlung bezüglich Referendum kaum Folge leisten und zwar aus folgenden Gründen:

1. Wir wollen, dass den Bürgerinnen und Bürgern wieder mehr zum Leben bleibt, dass die Steuern, Abgaben und Gebühren nun endlich reduziert werden. Die Eigenverantwortung wird dadurch wieder vermehrt zum Tragen kommen.

2. Seit einem Dritteljahrhundert werden Familien und Eigentum in diesem Lande eben nicht gefördert, sondern direkt mit Steuern bestraft. Menschen, die ihre eigenen vier Wände bewohnen und der Allgemeinheit nicht zur Last fallen, bezahlen über den sogenannten Eigenmietwert eine Zusatzsteuer für ein Einkommen, das niemand tatsächlich gesehen hat, weil es ja auch gar nicht existiert. Übrigens: Der Vorsteher des eidg. Finanzdepartementes sagt dazu im Nationalrat: „Niemand weiss so recht, was eigentlich der Eigenmietwert ist“. Betroffene wissen jedoch sehr gut, was diese „Eigentumsstrafsteuer“ ist.

3. Das laute Lamentieren der kant. Finanzdirektionen ist vollkommen fehl am Platz, weil die erwarteten Steuerausfälle grösstenteils erst in fünf Jahren zum Tragen kommen. Wenn sowohl Wirtschaft wie Privathaushalte jeweils wüssten, dass in fünf Jahren weniger Einnahmen zu vermelden sind, würden ganz einfach die Ausgaben angepasst. Der Kanton Aargau hat, wie der Bund und viele andere Kantone in diesem Land wachsende Ausgaben, eine steigende Staatsquote zu verzeichnen. Deshalb sind nun halt die Ausgaben durch Verzichtsplanung, durch Ausgabenreduktion, durch eine prozessorientierte Organisation und durch simples Sparen anzupassen. Die Regierungen der Kantone wirken durch ihr



► Lien Fuglistaller, Grossratsfraktionspräsident Aargau Rudolfstetten-Friedlisberg (AG)

Verhalten geradezu lächerlich und hilflos, wenn es nicht möglich sein soll, solche Massnahmen innert fünf Jahren umzusetzen und sich eben diesen neuen Gegebenheiten anzupassen.

4. Der Aargau, wie auch andere Kantone, tun jedoch gut daran, bei der Neuverteilung des Finanzausgleichs und der Aufgabenverteilung zwischen dem Bund und den Kantonen zu opponieren. Hier wird der Kanton Aargau mit der bisher vorgesehenen Umsetzung wirklich benachteiligt. Da muss sich der Regierungsrat zur Wehr setzen und das kantonale Parlament wird ihm Sukkurs geben! Auch der Bund soll nun endlich seine Ausgaben den Einnahmen anpassen! Es gibt auch da genügend Einsparpotential.

Nicht vergessen!

**Nationale SVP-Begegnungen
Freitag, 19. September 2003**

Montreux (VD)

Bestellen Sie jetzt auf Ihrem kantonalen Sekretariat Ihre Festkarte für das grosse SVP-Parteifest in der Romandie.



Dieselpreis senken, CO₂-Ausstoss vermindern und Steuern sparen!

Reduzieren wir den Dieselpreis, so vermindern wir den CO₂ (Kohlendioxid) Ausstoss - lenkende Steuern und Abgaben sind nicht notwendig.

Wir von der Automobilbranche sind überzeugt das ambitionöse Ziel von einem durchschnittlichen Kraftstoffverbrauch der Neuwagenflotte von 6.4 Liter bis zum Jahr 2008 zu erreichen. Mit der freiwilligen Vereinbarung zwischen Auto-Schweiz und dem Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) wurde diese Zielsetzung klar unterstrichen.

30% und gleichzeitig wird 15-20% weniger CO₂ freigesetzt.

In der Schweiz beträgt jedoch der Anteil von Personenwagen mit Dieselmotor nur gerade 5% und die Neuimmatrikulationen betragen immer noch weniger als 20%. Um eine Steigerung der Neverkäufe zu erzielen, muss der Dieselpreis reduziert werden, damit ein Anreiz geschaffen wird. Dass der Dieselpreis ein

(Common Rail oder Pumpe-Düse-System) und dem Einsatz von schwefelarmen Treibstoffen. Hinzu kommen die strengeren Abgasbestimmungen nach EURO 4 Norm die ab 2005 für alle Neuimmatrikulationen gelten.

Die Opposition aus Umweltekreisen ist aus meiner Sicht nicht berechtigt zumal mit dem Einsatz von moderner Technik der Ausstoss an PM10 (feinster Partikel) weiter gesenkt wird. Der Ausstoss an PM10 von Dieselpersonenwagen beträgt heute 1.1% des Gesamtausstosses. Interessant ist dabei, dass der Schienenverkehr heute 10x mehr PM10 ausstösst. Bereits heute werden direkteinspritzende Dieselmotoren mit aufwendigen Katalysatorenssystemen und vermehrt auch mit Partikelfilter ausgestattet. Der Vorwurf, wonach die Automobilindustrie einen Rückgang des Verbrauchs mit gesundheitschädigenden Technologien fördern will, ist ein politisches Manöver derjenigen, welche an neuen Abgaben interessiert sind. Wussten Sie, dass die Fiskaleinnahmen im Jahr 2002 aus dem Strassenverkehr bei gut 9.7 Mia Franken lagen?

Wenn das ehrgeizige Ziel eines durchschnittlichen Flottenverbrauchs von 6.4 Liter auf 100 Kilometer Fahrstrecke in der Schweiz bis ins Jahr 2008 erreicht werden will, muss der Dieselpreis auf mindestens 30% steigen. Dem stehen aber zur Zeit noch ein zu hoher Dieselpreis und die Angst vor Gesundheitsschäden gegenüber, obwohl nicht mehr Erkrankungen in Staaten mit hohem Dieselpreis festgestellt wurden.

Die Mobilität ist heute ein Faktum und Bestandteil einer modernen Volkswirtschaft



Kurzportrait

Christoph Aebi, am 11. Juli 1975 geboren, besuchte in Lyss die Schulen. Nach der Sekundarschule erlernte er den Beruf zum Automechaniker in Bern, anschliessend folgte die militärische Ausbildung zum Reparatur-Offizier. Eine Zweitausbildung zum Kaufmann mit anschliessender Berufsmaturität folgten. Seit 2001 arbeitet er im Qualitäts-Management und im Flottenverkauf bei Citroën (Suisse) zudem ist er Mitinhaber einer Automobilgarage in Lyss. Als politischer Quereinsteiger kandidiert Christoph Aebi auf der Nationalratsliste des Kantons Bern.

und trägt mit 280'000 Beschäftigten und einem erzielten Umsatz von 74 Mia. Franken einen beachtlichen Beitrag zum wirtschaftlichen Gelingen unseres Landes bei.

Ich bin überzeugt, dass wir die Ziele ohne weitere Steuern und Abgaben erreichen werden so dass wir als kleines Land mit einer wichtigen Verkehrs-drehscheibenfunktion konkurrenzfähig agieren werden. Dies gelingt aber nur dann, wenn wir unsere Anliegen klar kommunizieren und diese von der Bevölkerung getragen werden. Ich freue mich auf eine mobile und umweltverträgliche Zukunft. ◀



Bild ImagePoint / karpi.ch

► Verminderter Schadstoffausstoss auch bei Dieselfahrzeugen dank neuer Technologien (Common Rail oder Pump-Düse-System) und dem Einsatz von schwefelarmen Treibstoffen.

Der Ausstoss von CO₂ (Kohlendioxid) liegt im direkten Zusammenhang mit dem Verbrauch von Treibstoff. Dieselmotoren verbrauchen bei vergleichbaren Fahrleistungen markant weniger Treibstoff als Fahrzeuge mit Benzinmotor, weil der Dieselmotor über einen höheren Wirkungsgrad verfügt, demzufolge liegt die Treibstoffeinsparung bei 20 -

entscheidender Faktor ist, sehen wir im Vergleich mit unseren Nachbarländern, die den Dieseltreibstoff günstiger anbieten. Die Neuimmatrikulationen von Dieselfahrzeugen liegen in Österreich bei 65%, in Frankreich bei 58%, in Italien bei 38% und in Deutschland bei 35%. Die Tendenz bleibt steigend, dank neuer Dieseltechnologien



www.frauen.svp-zuerich.ch

Wir brauchen bürgerliche Frauen in Bern!

Die Frauenkommission SVP Kanton Zürich unterstützt die folgenden vier Nationalratskandidatinnen auf der Liste 1 - SVP Kanton Zürich:

Sicherheit



Rachel Grütter-Eckert
(1971)
www.rachel-gruetter.ch

Rechtsanwältin,
Verfassungsrätin,
Gemeinderätin Kloten

Sie führt als selbständige
Rechtsanwältin ein eigenes
Anwaltsbüro.

Politisch setzt sie sich für unsere Sicherheit in allen Belangen ein. Kriminalität, Verwahrung von schwersten Straftätern, Drogenproblematik, aber auch die Familienpolitik sind Schwerpunkte, für welche sich Rachel Grütter in Bern einsetzen will. Die Bewohner der Schweiz sollen sich Tag und Nacht sicher fühlen können!

Mit Power für unsere eigene Sicherheit!

Gesundheit



Theres Weber-Gachnang
(1959)
www.theres-weber.ch

Onkologieschwester,
Bäuerin

Kantonsrätin,
Uetikon a. See

Als gelernte Krankenschwester mit Fachrichtung Onkologie, engagiert sich Theres Weber-Gachnang besonders im Gesundheitswesen. Als Bäuerin kennt Theres Weber-Gachnang ausserdem die Probleme der heutigen Landwirtschaft. Für Gesundheits- Landwirtschafts- und Gewerbepolitik wird sich Theres Weber-Gachnang auch auf nationaler Ebene nach Kräften einsetzen.

Bildung



Gisela Beutler (1958)
www.giselabeutler.ch

Lehrerin / Hausfrau,
verheiratet, 3 Kinder

1. Vizepräsidentin und Rats-
leitung GGR Winterthur
Fraktionspräsidentin SVP
Eidgenössische Delegierte
Verwaltungsrätin bei der
«Winterthurer Zeitung»

Gisela Beutler liegt eine optimale Bildungspolitik ganz besonders am Herzen. Sie will sich explizit für eine traditionelle Familienpolitik einsetzen. Ebenso gilt ihr Engagement dem Wohneigentum. Sie plädiert für eine bürgerliche Sicherheits- und Sozialpolitik. Wichtig ist ihr vor allem die strikte Bekämpfung der steigenden Kriminalität und des zunehmenden Drogenmissbrauchs.

Finanzen



Monika Erfigen
(1949)

Treuhänderin

Gemeinderätin Zürich
Präsidentin RPK

In ihrem Beruf als Treuhänderin «jongliert» Monika Erfigen tagtäglich mit Zahlen. Ihr besonderes Augenmerk richtet sich daher auf die Finanzpolitik. Gebühren, Steuern und Abgaben sind ihr als KMU-Frau ein wichtiges Anliegen. Sie engagiert sich in der Bekämpfung der Ausländerkriminalität und gegen die Verschleuderung des Bürgerrechts.

Die Nationalratskandidatinnen stellen sich vor am Polit-Apéro

vom 30. August 2003, 10.00 bis 12.00 Uhr, im Schinzenhof-Saal in Horgen

Gastreferent: **Nationalrat Christoph Blocher**
Thema: **Kein Missbrauch unserer Sozialwerke!**

Anschliessend beantworten alle Anwesenden Fragen aus dem Publikum. Wir freuen uns auf eine rege Diskussion. Eintritt frei!



Wir segeln hart am Wind zum Erfolg!

Diese Kandidatinnen und Kandidaten gehen
für die Basler SVP ins Rennen bei den Nationalratswahlen 2003:



Dr. Jean Henri Dunant
Nationalrat

**Wir stehen ein
für eine unabhängige,
neutrale und freie Schweiz.
Steuereintreiber aus der EU und
einen EU-Beitritt lehnen wir ab.**

**Wir ergreifen für das
Schweizer Volk Partei!**



Angelika Zanolari
Präsidentin Basler SVP
Grossrätin
Verfassungsrätin



Dr. Alexandra Nogawa
Grossrätin



Roland Herzig
Grossrat



Kurt Bachmann
Grossrat
Verfassungsrat

Wir kämpfen für

- ▶ die Sicherung der Sozialwerke ohne Steuererhöhung
- ▶ eine konsequente Missbrauchsbekämpfung bei der IV und Sozialhilfe
- ▶ mehr Eigenverantwortung bei der Altersvorsorge
- ▶ die Senkung der Krankenkassenprämien (Prämiensenkungsinitiative)
- ▶ eine Ausländer- und Asylpolitik, die diesen Namen verdient
- ▶ eine Begrenzung der fremdkulturellen Einwanderung
- ▶ die Beschränkung des Familiennachzugs
- ▶ mehr Sicherheit und eine konsequente Bekämpfung der Kriminalität
- ▶ weniger Steuern, Gebühren und Abgaben
- ▶ einen soliden und gesunden Staatshaushalt
- ▶ einen massiven Abbau der Staatsschulden

Wir kämpfen gegen

- ▶ die Einführung einer lohnabhängigen Mutterschaftsversicherung
- ▶ eine Erhöhung der Mehrwertsteuern zur Finanzierung von Sozialwerken
- ▶ die inflationäre Einbürgerungspraxis
- ▶ eine Ausweitung des Rassismusartikels
- ▶ den religiösen Fundamentalismus
- ▶ neue Gesetze ohne Kenntnis der Kostenfolge
- ▶ neue und zusätzliche Steuern, Gebühren und Abgaben

Liste 12 - Basler SVP, die bürgerliche Alternative!

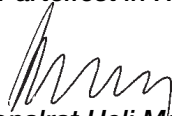
Bestellen Sie jetzt Ihre Festkarte!

Am Samstag, 23. August steigt in Holziken (AG) das grosse Wahlkampfes der SVP Schweiz. Damit wird die Endphase des Wahlkampfes eingeläutet, in dem sich die SVP seit Oktober 1999 befindet. Unter dem Motto „Schweizer Qualität“ zieht die SVP in die Wahlen. Sie steht ein für gesunde Staatsfinanzen, für tiefere Steuern, Krankenkassenprämien, Gebühren und Abgaben, für die Unabhängigkeit und Neutralität unseres Landes und für die Bekämpfung von Missbräuchen im Asylwesen und in der Sozialpolitik. Mit ihrer Politik, die auf bewährten bürgerlichen Grundhaltungen aufgebaut ist, steht die SVP zunehmend alleine da und tritt gegen die Koalition aus den anderen Parteien an.

Schweizer Qualität bietet die SVP nicht nur in der Politik, sondern auch an ihrem traditionellen Parteifest in Holziken. Das Parteifest beginnt mit einem zwei-stündigen politischen Teil, der Spannung und klare Positionen verspricht. Im gemütlichen Teil gibt es ein feines Abendessen mit echt schweizerischer Unterhaltung. Natürlich gibt es in Holziken auch eine grosse Tombola mit attraktiven Preisen. Ans Parteifest sind alle Parteimitglieder und Sympathisanten herzlich eingeladen. Für 80 Franken bieten wir eine tolle Unterhaltung und ein gutes Essen, die Getränke sind ebenfalls inbegriffen. Bitte melden Sie sich mit unten stehendem Talon oder direkt bei Ihrem kantonalen Sekretariat an.

Wir freuen uns, Sie an unserem Parteifest in Holziken zu begrüssen!

**Qualité
suisse** 


Nationalrat Ueli Maurer
Parteipräsident

**Schweizer
Qualität** 



Marianne
Cathomen



Ruedi
Rymann



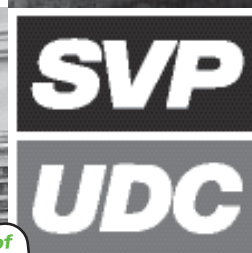
Sutter &
Pfändler



Dani Felber
Big Band



Partyservice Gasthof
zum Schützen



Festkarten-Bestellung

Traditionelles SVP-Parteifest - Samstag, 23. August 2003 Reithalle Holziken (AG)

Ich bestelle (Anzahl) Festkarten à Fr. 80.--

Name:

Vorname:

Adresse:

PLZ: Ort: Kt:

Mitglied der Sektion:

Datum: Unterschrift:

Bitte diesen Talon einsenden an:

SVP Generalsekretariat, Brückfeldstrasse 18, Postfach, 3000 Bern 26 oder per Fax 031 301 75 85